- die Repräsentativmessung: hinsichtlich der gemessenen Gebäude und der weiteren Gebäude, für die keine Einzelmessungen durchgeführt werden sollen;
- die Einzelmessungen: hinsichtlich der gemessenen Gebäude.

§15

(1) Der Rechtsträger kann verlangen, daß die Richtigkeit der Repräsentativmessung durch Einzelmessungen bewiesen wird, wenn begründete Zweifel an der mustergerechten Ausführung anderer neuer Wohngebäude bestehen.

(2) Das Verlangen ist schriftlich zu stellen.

(3) Für die Einzelmessungen gilt das mit dem § 12 bestimmte Verfahren.

(4) Der Rechtsträger hat alle Aufwendungen für die Einzelmessungen zu tragen, wenn sie die Einhaltung des Wärmeverbrauchsnormativs ergeben.

§16

(1) Für die Wärmemengenmessung müssen Zähler verwendet werden, die den an Betriebsmeßgeräte gestellten Forderungen des Amtes für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung entsprechen.

(2) Der Rechtsträger hat dem Auftragnehmer den meßtechnischen Nachweis der Einhaltung des Wärmeverbrauchsnormativs zu ermöglichen und die für den Nachweis erforderlichen Bedingungen zu gewährleisten.

(3) Die erforderlichen Bedingungen bestehen insbesondere darin, daß

- das Verhalten der Mieter die effektive Nutzung der Wärme im Wohngebäude sichert,
- der Auftragnehmer sich vom ordnungsgemäßen Ablauf des Heizungsprozesses überzeugen kann.

§17

Das Wärmeverbrauchsnormativ für ein vorhandenes Wohngebäude ist nach den von der WB Energieversorgung herauszugebenden Grundsätzen zu ermitteln.

§ 18

(1) Der Rechtsträger hat die Einhaltung der Wärmeverbrauchsnormative für die zentralbeheizten Wohngebäude durch Repräsentativ-Dauermessungen jährlich wiederkehrend nachzuweisen.

(2) Von den zentralbeheizten Wohngebäuden sind mindestens 10 % dauernd zu messen.

(3) In die Repräsentativ-Dauermessungen müssen alle Wohngebäude, an denen Messungen gemäß §13 ausgeführt oder gemäß § 15 gefordert wurden, einbezogen werden.

(4) Der Rechtsträger hat die Liste der ausgewählten Wohngebäude dem für die Finanzierung der Subventionen zuständigen Organ und dem Energieversorgungsbetrieb zur Bestätigung vorzulegen. Mit der Bestätigung können Auflagen zur Veränderung oder Erweiterung der Auswahl erteilt werden.

(5) Die Listen sind an die Bestätigenden zu übergeben

— bis zum 30. November 1973 für die zentralbeheizten Wohngebäude, die bis zum 31. Oktober 1973 abgenommen wurden,

— jeweils am 30. November jeden Jahres für die während des Jahres abgenommenen zentralbeheizten Wohngebäude.

Zu §§ 34 bis 36 der Verordnung:

§19

(1) Der Betreiber von Energieanlagen, der Energieverbrauchsnormen, und der Rechtsträger von zentralbeheizten

Wohngebäuden, der nachzuweisende Wärmeverbrauchsnormative überschreitet, haben Sanktionen zu entrichten.

(2) Die Sanktionen werden für das abgelaufene Planjahr durch Bescheid festgesetzt.

(3) Der Sanktionsbescheid ist auszustellen

1. für die Überschreitung von Energieverbrauchsnormen durch den zuständigen Energieversorgungsbetrieb;
2. für die Überschreitung von Wärmeverbrauchsnormativen durch den Wärmelieferer oder, soweit der Rechtsträger die Wärme selbst erzeugt oder von einem Lieferer bezieht, der nicht volkseigener Betrieb ist, durch den zuständigen Rat des Kreises.

(4) Die Höhe der Sanktionen ergibt sich aus den Tabellen der Anlage 2. Sie ist je Abnehmer bzw. Rechtsträger und Planjahr auf 100 000 M begrenzt.

(5) Werden Energieverbrauchsnormen während des Planjahres verbindlich, sind die ermittelten Überschreitungen anteilig in die Berechnung der Sanktionen einzubeziehen.

§20

(1) Für die Beitreibung der Sanktionen gilt § 21 Abs. 1 der Ersten Durchführungsbestimmung vom 10. September 1969 zur Energieverordnung (GBl. II Nr. 81 S. 505) entsprechend.

(2) Die eingenommenen Sanktionen aus § 19 sind per 31. Dezember jeden Jahres an den Haushalt des zuständigen Rates des Kreises abzuführen.

(3) Vertragsstrafen gemäß den Rechtsvorschriften über die Lieferung und Abnahme von Elektroenergie, Gas und Wärme* bleiben unberührt.

§21

(1) Gegen die Sanktionen ist innerhalb eines Monats nach Zugang die Beschwerde beim Aussteller des Bescheids zulässig.

(2) Wird der Beschwerde nicht stattgegeben, ist sie innerhalb von 10 Tagen nach Zugang dem übergeordneten Organ des Ausstellers zur endgültigen Entscheidung zu übergeben. Ist der Rat des Kreises Aussteller, entscheidet der Rat des Kreises durch Beschluß.

(3) Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

§22

(1) Der Beschwerde ist insbesondere dann ganz oder zu dem entsprechenden Teil stattzugeben, wenn der Betroffene technisch-ökonomisch nachweist, daß

1. die Überschreitung der Energieverbrauchsnormen auf die Qualität der Energieträger oder auf zeitweilige Einschränkungen oder Unterbrechungen der Energielieferungen zurückzuführen ist oder
2. der Wärmeverbrauch nicht oder nur mit volkswirtschaftlich unverträglich hohen Aufwendungen gesenkt werden kann.

(2) Der Mehrverbrauch an Energieträgern, für den bereits Vertragsstrafe gezahlt wurde, ist von den Mengen abzusetzen, um die die Energieverbrauchsnormen überschritten wurden. Der Energieabnehmer hat die erforderlichen Nachweise zu erbringen.

§23

(1) Die Aufhebung oder Änderung des Sanktionsbescheides in Fällen des § 22 Abs. 1 Ziff. 2 ist davon abhängig, daß der Betroffene

1. alle aus der Qualitätsverletzung folgenden Ansprüche gegen den Auftragnehmer durchgesetzt hat;

* Zur Zeit gilt die Lieferanordnung Energie vom 18. November 1969 (GBl. II Nr. 97 S. 604).